

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2023

Fragestunde vom 13. März 2023

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Bundeskanzlei

- 23.7252 Büchel Roland. Der für die Krisenbewältigung zuständige BAG-Mitarbeiter (Patrick Mathys) ist für die Aufarbeitung der Pandemiemassnahmen verantwortlich. Will der Bundesrat "Corona" wirklich aufarbeiten?**

Im März 2020 verliess das Parlament das Bundeshaus fluchtartig. Schulen und Läden wurden geschlossen, der Bundesrat ordnete weitreichende Freiheitsbeschränkungen an. Nun hinterfragt der renommierte ehemalige Chefarzt für Infektiologie am St. Galler Kantonsspital, Pietro Vernazza, die Corona-Massnahmen in einem NZZ-Interview kritisch. Wann wird der Bundesrat eine unabhängige Untersuchung in die Wege leiten, um die Massnahmen evidenzbasiert aufzuarbeiten und künftig besser agieren zu können?

Finanzdepartement

- 23.7165 Prelicz-Huber. Überobligatorische Kinderzulagen**

Die Bundesverwaltung kennt überobligatorische Kinderzulagen, die aber nur Mitarbeitenden ab 50 Prozent-Anstellung ausbezahlt werden. Das scheint diskriminierend, weil unter 50 Prozent-Angestellte hauptsächlich Frauen sind. Ihre Kinder sind aber nicht günstiger; gerade sie könnten das zusätzliche Geld gut gebrauchen. Kann sich der Bundesrat vorstellen, diese Praxis zugunsten der Frauen mit kleinen Pensen und oft tiefen Löhnen zu ändern und auch ihnen 100 Prozent der überobligatorischen Kinderzulagen auszus zahlen?

- 23.7172 Jauslin. Der Zollflugplatzzwang hat ausgedient**

Der Zollflugplatzzwang ist ein Relikt des aus dem Jahre 1944 stammenden Chicago Abkommens. Die EU hat erkannt, dass er zwar aufwändig, aber wenig sinnvoll ist und überdies die Umwelt unnötig belastet. Sie hat ihn für Flüge innerhalb der Grenze des Zollgebiets der Union aufgehoben, wenn keine zollpflichtigen Waren mitgeführt werden. Unter welchen Prämissen ist der Bundesrat bereit, Artikel 9 LFG so anzupassen, dass gleiches für Flüge aus der EU auch im Verkehr mit der Schweiz gilt?

- 23.7186 Imboden. Keine Finanzstabilität ohne stabiles Klima!**

Der Bundesrat sieht (gemäss Antwort auf die Frage 23.7011 Transitionsplan für die Nationalbank zur Erreichung der Klimaziele) "Zielkonflikte" mit dem Mandat der Preisstabilität der SNB, wenn die SNB "aktiv die Klima- und Biodiversitätsziele der Schweiz" unterstützen würde. Ist es nicht so, dass das Fehlen eines Klima-Transitionsplans der SNB und die Nichtumsetzung der Klimaziele die Finanzmarktstabilität der Schweiz gefährden würde?

23.7197 Dobler. Enforcementverfahren Finma gegen Comparis

Wer im Internet eine Versicherung sucht, findet z.B. via Comparis oder Google einen Versicherer. Die Finma will nun Comparis durch ein Enforcementverfahren zwingen, sich wie Versicherungsvermittler von ihr beaufsichtigen zu lassen. Comparis befürchtet Wettbewerbsnachteile gegenüber Google und wehrt sich.
Wird der Bundesrat die Versicherungsvermittlung auf Verordnungsstufe so klar definieren, dass eine Gleichbehandlung inländischer Vergleichsplattformen wie Comparis und Google sichergestellt ist?

23.7216 Fluri. Subventionen periodisch auf eine biodiversitätsschädigende Wirkung überprüfen und Massnahmen zur Vermeidung solcher Wirkungen treffen

Auf meine Frage 22.7751 antwortete der Bundesrat, bei der periodischen Überprüfung von Subventionen sei im Jahr 2022 der standardisierte Fragebogen erstmals durch spezifische Fragen zur Nachhaltigkeitswirkungen ergänzt worden.
- Beinhaltet diese ergänzte Prüfung insbesondere, dass Subventionen auf ihre biodiversitätsschädigende Wirkung hin überprüft werden?
Wenn nein, warum nicht?
- Welche Ämter haben den Bogen im 2022 eingesetzt und welche Erfahrungen wurden damit gemacht?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**23.7164 Roth Franziska. Ist es Aufgabe der RUAG, mit Kampfpanzern Spekulationsgeschäfte zu betreiben?**

Laut Medienberichten hat RUAG 2016 in Italien 96 Kampfpanzer Leopard 1 A5 gekauft.
- Was war das Ziel dieses Kaufes?
- Auf welche Rechtsgrundlage stützte sich der Kauf?
- Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich ein allfälliger Weiterverkauf?
- Warum hat die RUAG in ihrem Geschäftsbericht nicht über diesen Kauf informiert?
- Informierte die RUAG die Geschäftsprüfungskommissionen der Eidgenössischen Räte?
- Es fand seither eine Entflechtung der RUAG statt. Wem gehören die 96 Leopard 1 Panzer heute?

23.7182 Pasquier-Eichenberger. Keine Toleranz für Einschüchterungen durch das autoritäre iranische Regime

Schweizerinnen und Schweizer und/oder iranische Staatsangehörige, die in der Schweiz leben, werden derzeit vom iranischen Regime eingeschüchert.
- Ist der Bundesrat darüber informiert?
- Wenn ja, was hat er unternommen, um dem ein Ende zu setzen?
- Mit welchen Ergebnissen?
- Welche Massnahmen wurden zum Schutz dieser Staatsangehörigen und ihrer Familien ergriffen?

23.7191 Zuberbühler. Bahnt sich ein Panzer-Deal an, von dem in der Schweiz bisher niemand wusste? (1)

Am 4. März 2023 berichtete der Tages-Anzeiger, die RUAG, welche zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes ist, horte 96 Leopard-1-Kampfpanzer aus ehemals italienischen Beständen. Offenbar wollte Rheinmetall Deutschland diese Fahrzeuge kaufen und sie nach ihrer Aufbereitung in die Ukraine liefern.

- Hat der Bundesrat dieses neutralitätsrechtlich höchst umstrittene Geschäft im Griff?
- Wie sieht hier der aktuelle Stand aus?
- Hat sich die RUAG als AG im Eigentum des Bundes auch ans Neutralitätsrecht zu halten?

23.7192 Zuberbühler. Bahnt sich ein Panzer-Deal an, von dem in der Schweiz bisher niemand wusste? (2)

Am 4. März 2023 berichtete der Tages-Anzeiger, die RUAG, welche zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes ist, horte 96 Leopard-1-Kampfpanzer aus ehemals italienischen Beständen. Offenbar wollte Rheinmetall Deutschland diese Fahrzeuge kaufen und sie nach ihrer Aufbereitung in die Ukraine liefern.

Welche Pläne hat RUAG mit den gebrauchten und aktuell nicht einsatzbereiten Kampfpanzern Leopard 1 A5 in naher bzw. ferner Zukunft?

23.7205 Walliser. Prüft der Bundesrat nicht nur die Beibehaltung der Festungsartillerie sondern auch der Festungsanlagen?

In der Antwort auf meine Frage 23.7032 erwähnt der Bundesrat, dass nicht nur die Beibehaltung von Teilen der Waffensysteme der Festungsartillerie geprüft werde, sondern auch die Beibehaltung der Anlagen.

Bedeutet dies, dass auch geprüft wird ob Teile der noch bestehenden Festungen ebenfalls beibehalten werden und, dass diese Prüfung auch beinhaltet, wie diese Anlagen gegebenenfalls wieder instandgesetzt und modernisiert werden können?

23.7209 Zuberbühler. Wie viele Panzer benötigt die Armee für die vollständige Ausrüstung der aktuell vorhandenen Panzertruppen bzw. bei zwei zusätzlichen mechanisierten Bataillonen?

In der Antwort zur Frage 23.7056 schreibt der Bundesrat, dass der Bedarf für eine vollständige Ausrüstung der sechs mechanisierten Bataillone der heutigen Armee bei 168 Kampfpanzern liege (zuzüglich einer weiteren Anzahl für die Ausbildung und als Materialsponder).

- Wie hoch ist der Gesamtbedarf an Panzern, wenn man die notwendigen Panzer für die Ausbildung und als Materialsponder berücksichtigt?
- Wie hoch wäre der Gesamtbedarf bei insgesamt acht mechanisierten Bataillonen?

23.7232 Page. Wird die RUAG ihre Versprechen einhalten?

Bei der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs hat die RUAG logischerweise versprochen, ihre Präsenz am Standplatz Payerne zu verstärken. Es ist nur vernünftig, dass die Infrastruktur für die Wartung und den Betrieb der Flugzeuge (F-35A), deren wichtigster Stützpunkt das Flugplatzkommando Payerne sein wird, so nahe wie möglich bei diesem liegt. Es sieht nun aber so aus, als ob die RUAG dem Flugplatz Payerne entgegen ihrer Versprechungen nur die Brosamen überlassen wird.

Wird der Bundesrat die RUAG dazu verpflichten, ihre Zusicherungen einzuhalten?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**23.7169 Prelicz-Huber. Unternehmen in Belarus**

Verschiedene Schweizer Unternehmen waren 2022 mit Produktionsbetrieben in Belarus tätig.

Welche Unternehmen waren das und mit welcher Bedeutung für die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Belarus bzw. wie stellt sich der Bundesrat zur gestellten Forderung, dass sich alle Schweizer Unternehmen mit Produktionsbetrieben in Belarus, die nicht unmittelbar lebensnotwendige oder medizinische Waren herstellen, vollständig aus Belarus zurückziehen sollen, solange das Land eine Diktatur ist?

23.7170 Gutjahr. Fachkräftemangel: Teilzeitarbeit von frisch diplomierten Absolventen

- Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass eine hohe Anzahl frisch diplomierter UH- oder FH/PH-Absolventen, die Teilzeit arbeiten, eine Herausforderung darstellt, insbesondere im Hinblick auf den Personalmangel in gewissen Bereichen, die Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen und den Steuereinnahmen?

- Welche Massnahmen plant er, um dieser Herausforderung im privaten und öffentlichen Sektor zu begegnen?

23.7174 Seiler Graf. Die Gleichbehandlung des Aggressors und des Überfallenen beenden

Mit der Ukraine-Verordnung (SR 946.231.176.72) vom 27. August 2014 ergriff der Bundesrat gleichlautende Massnahmen gegen Russland und gegen die Ukraine.

- Was ist das Ziel der gegen die Ukraine ergriffenen Massnahmen?

- In welchen Fällen kamen die gegen die Ukraine ergriffenen Massnahmen materiell zum Tragen?

- Wann hebt der Bundesrat die gegen die Ukraine ergriffenen Massnahmen auf, hat die Schweiz doch im Einklang mit Resolutionen der UNO-GV die russische Aggression gegen die Ukraine verurteilt?

23.7175 Grin. Arbeitslosenentschädigung nach Unfall

Eine verunfallte Arbeitskraft, die über 2 Jahre und 5 Monate Taggelder von der Suva bezogen hat, kann, wenn sie als arbeitsfähig gilt, nur maximal 90 Tage lang Arbeitslosentaggelder erhalten, auch wenn sie jahrelang ihre Beiträge bezahlt hat. Warum wird das Arbeitslosentaggeld nur für 90 Tage und nicht für das gesetzliche Maximum gezahlt, obwohl die versicherte Person auf Arbeitssuche ist?

23.7176 Wyss. Anstieg an temporären Mitarbeitenden - ein Problem im Gesundheitswesen?

Der Anstieg an temporären Mitarbeitenden ist aufgrund der schleppenden Umsetzung der Pflegeinitiative verständlich. Fürs Gesundheitswesen ist das jedoch gefährlich, weil der Druck auf die Festangestellten dadurch noch mehr steigt und die Qualität leidet.

1. Wie entwickelte sich die Branche der Temporärfirmen in den letzten 3 Jahren?

2. Ist sich der Bundesrat der Problematik bewusst?

Was unternimmt er dagegen?

3. Ist er bereit Temporärfirmen zu regulieren und/oder eine Maximalquote einzuführen?

23.7180 Michaud Gigon. Wie werden die Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums im Leitfaden «Wege in die Ernährungszukunft der Schweiz» in die laufenden Arbeiten im Bereich der Ernährung aufgenommen?

Im Rahmen des Aktionsplans zur "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden Gespräche über das zukünftige Ernährungssystem organisiert.

Am Schweizer Ernährungssystem-Gipfel in Bern haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Ernährungsempfehlungen/ Empfehlungen der Lebensmittelpyramide ausgearbeitet, die dem Bundesrat vorgelegt wurden:

- Wie beurteilt das zuständige Bundesamt diese System- und Gouvernanz-Empfehlungen entlang der Wertschöpfungskette?
- Wie gedenkt es, diese Empfehlungen zu übernehmen?

23.7223 Grossen Jürg. Wie werden die Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums zur "Ernährungszukunft Schweiz" in den laufenden Arbeiten im Bereich Landwirtschaft/Lebensmittel integriert?

Im Rahmen des Aktionsplans "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden 2021-2023 nationale Dialoge zum zukünftigen Ernährungssystem abgehalten.

Die Wissenschaft erarbeitete dabei auch Empfehlungen zur Landwirtschaft, welche an einem Ernährungssystemgipfel dem Bundesrat übergeben wurden:

- Wie beurteilt das BLV diese wissenschaftlichen Empfehlungen zum systemischen Vorgehen entlang der Wertschöpfungskette?
- Wie plant es, diese Empfehlungen bei seiner Arbeit zu integrieren?

23.7224 Grossen Jürg. Werden die Empfehlungen des Bürger:innenrates in den laufenden Arbeiten im Bereich Landwirtschaft/Lebensmittel integriert?

Im Rahmen des Aktionsplans "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden 2021-2023 nationale Dialoge zum zukünftigen Ernährungssystem abgehalten.

Ein repräsentativ ausgewählter Rat von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete auch Empfehlungen zur Landwirtschaft, welche dem Bundesrat übergeben wurden.

- Wie beurteilt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die umfassenden Handlungsempfehlungen dieses Rates?
- Wie plant es, diese bei seiner Arbeit zu integrieren?

23.7242 Fischer Roland. Wie werden die Empfehlungen des Bürger:innenrates in die Finanzpolitik integriert?

Im Rahmen des Aktionsplans "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden 2021-2023 nationale Dialoge zum zukünftigen Ernährungssystem abgehalten.

Ein repräsentativ ausgewählter Rat von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete auch Empfehlungen zur Finanzpolitik, welche dem Bundesrat übergeben wurden.

- Wie beurteilt das zuständige Bundesamt die umfassenden Handlungsempfehlungen dieses Rates?
- Wie plant es, diese bei seiner Arbeit zu integrieren?

23.7243 Fischer Roland. Wie werden die Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums zur "Ernährungszukunft Schweiz" in die Finanzpolitik integriert?

Im Rahmen des Aktionsplans "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden 2021-2023 nationale Dialoge zum zukünftigen Ernährungssystem abgehalten.

Die Wissenschaft erarbeitete dabei auch Empfehlungen zur Finanzpolitik, welche an einem Ernährungssystemgipfel dem Bundesrat übergeben wurden:

- Wie beurteilt das zuständige Bundesamt diese wissenschaftlichen Empfehlungen zum systemischen Vorgehen entlang der Wertschöpfungskette?
- Wie plant es, diese Empfehlungen bei seiner Arbeit zu integrieren?

23.7258 Python. Wie werden die Empfehlungen des wissenschaftlichen Gremiums «Ernährungszukunft Schweiz» in die laufenden Arbeiten im Bildungsbereich aufgenommen?

Im Rahmen des Aktionsplans zur "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden Gespräche über das zukünftige Ernährungssystem organisiert.

Am Schweizer Ernährungssystem-Gipfel in Bern haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch Empfehlungen zur Bildung ausgearbeitet, die dem Bundesrat vorgelegt wurden:

- Wie beurteilt das zuständige Bundesamt diese systemischen Empfehlungen entlang der Wertschöpfungskette?
- Wie gedenkt es, diese Empfehlungen zu übernehmen?

23.7259 Python. Werden die Empfehlungen des Bürger:innenrats für Ernährungspolitik in die laufenden Arbeiten im Bildungsbereich aufgenommen?

Im Rahmen des Aktionsplans zur "Strategie Nachhaltige Entwicklung" wurden zwischen 2021 und 2023 auf nationaler Ebene Gespräche über das zukünftige Ernährungssystem organisiert.

Ein repräsentativ ausgewählter Rat von Bürgerinnen und Bürgern hat zudem Empfehlungen zur Bildung ausgearbeitet, die dem Bundesrat vorgelegt wurden:

- Wie beurteilt das zuständige Bundesamt diese detaillierten Handlungsempfehlungen des Rates?
- Wie gedenkt es, diese Empfehlungen zu übernehmen?

23.7188 Walder. Peru: Welche Rolle spielt Glencore beim Niederschlagen der Proteste?

Die Mine Glencore-Antapaccay in Espinar, Cusco, ist zur Zielscheibe der lokalen Bevölkerung geworden: Sie wirft Glencore vor, für das blutige Niederschlagen von Protesten mitverantwortlich zu sein, das in der Region grassiert - und dies umso mehr, seit die private Vereinbarung mit der peruanischen Nationalpolizei an die Öffentlichkeit gelangt ist, welche diese quasi zu einer paramilitärischen Einheit im Dienste von Glencore macht.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Praktiken dieses Schweizer Unternehmens in Peru?
- Wie bewertet er die Risiken für den Ruf unseres Landes?

23.7210 Pointet. Lancierung eines nationalen Forschungsprogramms zur Untersuchung der Risiken, Folgen und Mittel zur Bekämpfung von Desinformation?

Die Welt der Information steht aufgrund der technologischen Entwicklung unter Druck. Künstliche Intelligenz, Deepfakes und weitere Algorithmen ermöglichen es, ohne jede Grundlage Informationsmaterial zu erstellen, um Desinformation und Falschmeldungen zu verbreiten oder hybride Angriffe auf unsere Gesellschaft durchzuführen.

Ist der Bundesrat bereit, ein nationales Forschungsprogramm zu lancieren, um die gesellschaftlichen, rechtlichen und technologischen Folgen sowie mögliche Lösungen zur Verteidigung unserer Demokratie gegen diese neue Bedrohung zu untersuchen?

23.7215 Crottaz. Ermöglicht die Lockerung der Sanktionen gegen Syrien den Wiederaufbau der Infrastrukturen nach dem historischen Erdbeben?

- Der Bundesrat hat die Sanktionen gegen Syrien gelockert. Wird den humanitären Akteuren dadurch ermöglicht, beim Wiederaufbau der Infrastrukturen (für Strom, Wasser, Strassen, Schulen, Spitäler) zu helfen, die durch den Krieg oder das Erdbeben beschädigt wurden, oder wird nur die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung erlaubt?
- Kann der Bundesrat gegebenenfalls Gründe dafür nennen, wieso er den Wiederaufbau der Strominfrastruktur und damit den Zugang der syrischen Bevölkerung zu den Grundbedürfnissen ablehnt?

23.7239 Roth Franziska. Den Spielraum des Kriegsmaterialgesetzes nutzen, "wenn ausserordentliche Umstände es erfordern"

Vier Artikel des Kriegsmaterialgesetzes sehen vor, dass früher erteilte Bewilligungen widerrufen oder abgeändert werden können, "wenn ausserordentliche Umstände es erfordern" (Art. 16, 16a, 16b, 19).

- Hat der Bundesrat diese Möglichkeit schon jemals angewendet?
- Greift diese Möglichkeit auch in Bezug auf Nichtwiederausfuhrerklärungen?
- Saudi-Arabien führt eine Koalition an, "die in Jemen militärisch interveniert" (Ip. 22.4163). Wann, wenn nicht dann, liegt ein ausserordentlicher Umstand vor?

23.7241 Romano. Sanktionen gegen Syrien. Eine tatsächliche Lockerung, die der Zivilbevölkerung hilft. Schöpft die Schweiz alle ihre Möglichkeiten aus?

Die Schweiz hat per 3. März 2023 die Sanktionen gegen Syrien gelockert, um die humanitäre Hilfe nach dem Erdbeben vom 6. Februar zu erleichtern. Für humanitäre Akteure, die keine Beiträge des Bundes erhalten, gilt weiterhin das Regime der Ausnahmegewilligungen.

- Wie rechtfertigt der Bundesrat diesen bürokratischen Aufwand, der wichtige humanitäre Aktivitäten für die Zivilbevölkerung in Syrien einschränkt?
- Welches ist das übergeordnete Interesse an einem Regime der Ausnahmegewilligungen?
- Schöpft die Schweiz alle ihre Möglichkeiten aus?

23.7244 Feller. Arzneimittelengpässe: Abhängigkeit von Wirkstoffen aus Asien

Die Produktion von grundlegenden Arzneimittelwirkstoffen ist nach und nach in Niedriglohnländer, insbesondere nach China und Indien, verlagert worden. Sollte in Asien jedoch eine Krise ausbrechen (zum Beispiel ein Krieg in Taiwan), könnte aus dem derzeitigen Arzneimittelengpass eine regelrechte Katastrophe werden.

Berücksichtigt die interdisziplinäre Arbeitsgruppe des Bundes, die mit der Behebung der Arzneimittelengpässe beauftragt ist, solche geopolitischen Risiken?

23.7245 Feller. Arzneimittelengpässe: Wirksamkeit der Massnahmen, die 2016 vom Bundesrat vorgeschlagen wurden

Der Bericht des Bundesrates vom 20. Januar 2016 in Erfüllung des Postulats 12.3426 "Sicherheit in der Medikamentenversorgung" enthält elf Empfehlungen. In seiner Stellungnahme zur Interpellation 19.3645 schreibt der Bundesrat, dass ein Teil dieser Empfehlungen im Rahmen der ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes umgesetzt wurde.

- Wurden die anderen Empfehlungen auch umgesetzt?
- Wenn ja, haben sie die erwartete Wirkung erzielt?
- Wenn nein, wieso nicht?

23.7253 Strupler. Trotz Arbeitskräftemangel kein Spitzenplatz bei der Arbeitslosigkeit

Trotz Branchenübergreifenden Arbeitskräftemangel hat die Schweiz im internationalen Vergleich ihren Spitzenplatz verloren und weist gemäss der international vergleichbaren ILO Definition hohe 4,3 Prozent Arbeitslosigkeit auf.

- Was sind für den Bundesrat die Gründe für diesen Anstieg trotz Arbeitskräftemangel?
- Mit welchen Massnahmen plant er eine Verbesserung der Arbeitslosenquote zu erreichen?

Departement des Innern**23.7163 Andrey. Mangelnde digitale Barrierefreiheit**

Offenbar ist die aktuelle Volkszählung nicht digital barrierefrei, wie es die gesetzliche Grundlage seit 2004 von den Behörden verlangt. Dies ist ein aktueller Fall, aber leider nur einer von vielen.

Wie gedenkt der Bundesrat die digitale Barrierefreiheit der öffentlichen Verwaltung durchzusetzen und wie stellt er sicher, dass die Volkszählung spätestens ab der Strukturerhebung 2025 barrierefrei zugänglich ist?

23.7177 Wyss. Weshalb die UN-BRK auch für die KB 2025-2028 relevant ist

Im November hat der Nationale Kulturdiallog 6 Themenfelder zur KB 2025-2028 veröffentlicht. Gerade in der Kultur ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen von grösster Bedeutung. Die Artikel 24 und 30 der UN-BRK sowie der Artikel 67a setzen dazu klare Rahmenbedingungen.

- Gehören dem Nationalen Kulturdiallog auch Menschen mit Behinderungen an?
- Wie wird der Inklusion in der Kulturbotschaft Rechnung getragen?
- Welches sind die Argumente, die gegen eine Konkretisierung sprechen?

23.7193 Graf-Litscher. WHO "Traditional Medicine Strategy" - setzt sich die Schweiz für den Vorschlag des Exekutivrats ein?

Der WHO-Exekutivrat hat beschlossen, der WHO-Versammlung im Mai 2023 eine Verlängerung der "Traditional Medicine Strategy 2014-2023" zu beantragen und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und relevanten Stakeholdern eine neue "global traditional medicine strategy 2025-2034" zu erarbeiten. Dies ist eine ausgezeichnete Möglichkeit für die Schweiz, sich zu positionieren und als Expertin einzubringen.

- Befürwortet der Bundesrat den Antrag des WHO-Exekutivrats?
- Wird er offiziell Stellung dazu nehmen?

23.7195 Weichelt. Tabellenlöhne: Im Wach- oder Schlafzustand?

22.3377 beauftragt den Bundesrat, bis Ende 2023 eine empirisch fundierte Anpassung der IV-Tabellenlöhne vorzunehmen:

1. Wie sieht der Zeitplan der Umsetzung aus?
2. Wurden externe Expert*innen beauftragt?
Falls ja, wer und wie sieht ihr Auftrag inhaltlich und in zeitlicher Hinsicht aus?
3. Will der Bundesrat immer noch einen Pauschalabzug als Zwischenlösung?
Falls ja, für welche Zeitperiode und mit welcher Höhe?
4. Auf wann sind Vernehmlassung und die Inkraftsetzung geplant?

23.7198 Geissbühler. Gesundheitliche Folgen für Kita Kinder durch erhöhte Cortisol Ausschüttung

1. Kennt der Bundesrat die Studien (z.B. USA, Niederlande, Österreich, Deutschland, Australien) über die Cortisol (Stresshormon) Ausschüttung bei Kita Kindern und deren folgeschweren Auswirkungen?
2. Warum kommen diese negativen Auswirkungen nie zur Sprache?

23.7199 Geissbühler. Präzisierung zur Frage 23.7073 Mehrheit der Familien nehmen die Betreuungs- und Erziehungsarbeit ihrer Kinder selbständig war

Gemäss Bundesamt für Statistik, ist die unbezahlte Betreuungsarbeit für Kleinkinder mit über 17 Milliarden und für Kindergarten-/Schulkinder mit über 63 Milliarden, (gesamthaft also etwa 80 Milliarden) bewertet.

1. Ist dem Bundesrat bewusst, dass eine grossangelegte Kita Förderung zu einem finanziellen Fiasko führen würde?
2. Hat er bei seiner Empfehlung der Kita Förderung den Fachkräftemangel in diesem Bereich mitberücksichtigt?

23.7200 Geissbühler. Eidgenössische Kommission gegen Rassismus: Keine Islamkritik

Die EKR befasst sich mit Randthemen wie Kulturelle Aneignung und historischen Denkmälern, aber kein kritisches Wort zum Islam.

1. Warum hat sich die EKR die im 2022 von einem Imam erfolgten Zwangsheiraten im Haus der Religionen nicht kritisch geäussert?
2. Warum wird die Verfolgung von Andersdenkenden und Nichtgläubigen durch den Islamismus von der EKR nicht klar verurteilt?
3. Ist der EKR nicht bewusst, dass die strengen islamischen Kleidervorschriften eine Diskriminierung der Frauen darstellt?

23.7203 Sauter. Verzögerung wissenschaftlicher Pilotversuche zur kontrollierten Cannabisabgabe

Seit Mai 2021 ist die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, welche die Durchführung wissenschaftlicher Pilotversuche mit Cannabis ermöglicht, in Kraft. Verschiedene Projekte zur Durchführung von Pilotversuchen (u.a. Stadt Zürich) liegen dem BAG zur Genehmigung vor. Angesichts der zeitlichen Befristung der gesetzlichen Grundlage auf zehn Jahre ist ein zügiger Start der Versuche zwingend.

Woran liegt es, dass von Seiten des BAG bis jetzt fast keine Gesuche bewilligt wurde?

23.7212 Baumann. Zusatzerhebung der landwirtschaftlichen Betriebserhebung

In der Zusatzerhebung der landwirtschaftlichen Betriebserhebung wurden seit 2010 alle 3 Jahre die Wahrscheinlichkeit der Betriebsweiterführung durch die Familie bei Betriebsleiter:innen mit Alter >50 erhoben und publiziert (BFS).

Für die Erhebung von 2020 sind zu dieser Frage keine Zahlen publiziert.

- Wurden diese nicht erhoben oder sind sie einfach nicht publiziert worden?
- Und werden sie in der Zusatzerhebung von 2023 wieder erhoben und publiziert werden?

23.7219 de Courten. Regulierungsfolgenabschätzung zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten

Die Gesundheitskommission von Nationalrat und Ständerat haben vom BAG gefordert, dass es bei den geplanten Änderungen der KLV/KVV eine Regulierungsfolgenabschätzung in Auftrag gibt. Stattdessen verweist das BAG ständig auf die zwischenzeitlich uralte Basis von 2018.
Plant der Bundesrat eine neue Regulierungsfolgenabschätzung in Auftrag zu geben und insbesondere die möglichen Risiken mit Bezug auf die günstigen Medikamente der Grundversorgung in die Ausgestaltung der Verordnungen einzubeziehen?

23.7222 Büchel Roland. Enthüllungen des Konsumentenmagazins "Saldo": Die Schweiz hat sich bis Ende 2023 zur Abnahme von über 60 Millionen Covid-Impfdosen verpflichtet. Wohin damit?

Die Schweiz hat sich zur Abnahme von 61 Millionen Impfdosen verpflichtet. Der Bundesrat hat die Recherchen von "Saldo" bestätigt (Frage Büchel 23.7080). Bis heute sind rund 17 Millionen Dosen verabreicht, 10 Millionen entsorgt und 4,1 Millionen ins Ausland gespendet worden. Heute seien 12,5 Millionen Dosen an Lager, 13,5 Millionen müssten noch im Jahr 2023 zwingend bezogen werden.

- Wie viele der 26 Millionen Dosen werden hierzulande voraussichtlich noch verimpft?
- Wie viele werden entsorgt?
- Wie viele werden verschenkt?

23.7225 Lohr. Darf der Streit zwischen IV und Lieferanten auf dem Buckel von Versicherten ausgetragen werden?

Ein zentraler Lieferant von Behandlungsgeräten im Atmungsbereich droht derzeit im Streit mit der IV, dass Versicherte erhebliche Teile der Kosten selber übernehmen müssen. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass gemäss aktueller Rechtslage bei den medizinischen Massnahmen der IV die Versicherten keine Kostenbeteiligung zu tragen haben?

23.7235 Lohr. Schweizer Notfallzulassung zu Arzneimittel mit bedeutendem Nutzen für die öffentliche Gesundheit

Die Schweiz hinkt dem Ausland bei der Verfügbarmachung von COVID- und zuletzt Affenpockenimpfstoffen hinterher. Aktuelle Beispiele sind die neue COVID-Prophylaxe für Risikopatienten und vielleicht bald die Vogelgrippe.

- Braucht es für solche Situationen eine Notfallzulassung nach amerikanischem Vorbild, damit Swissmedic Medikamente schneller zulassen kann?
- Welche langfristig schlagkräftigen Prozesse, die sicherstellen, dass alle Patienten schnellstmöglich notwendige Therapien erhalten braucht es?

23.7237 Herzog Verena. Grosse Verunsicherung aufgrund ungenügender Aufklärung der Bevölkerung nach Annahme der Widerspruchsregelung und Löschung des Organspenderegisters

Nach der Annahme der Widerspruchslösung und der Löschung des Organspenderegisters besteht vor allem bei älteren Menschen eine grosse Verunsicherung.

- Was unternimmt der Bundesrat in der aktuellen Übergangsphase zur sofortigen, sorgfältigen Aufklärung auch für Menschen, die wenig vertraut sind mit dem Internet?
- Wann beginnt er mit einer für alle verständlichen Aufklärungskampagne zur Widerspruchsregelung?
- Wie ist der konkrete Zeitplan?

23.7238 Herzog Verena. Ab wann sind immunsupprimierte Menschen in der Schweiz wieder geschützt?

Für 98 Prozent der Bevölkerung ist die Pandemie vorbei. Für Immunsupprimierte bzw. Risikopatienten kann jedoch weiterhin jede Ansteckung mit COVID lebensgefährlich sein. Verfügbare Prophylaxe-Therapien wirken bei neuen Varianten nicht mehr. Nachfolge-Therapien sind aber in Entwicklung und sollen in Kürze, z.B. in Frankreich, verfügbar sein. Wie weit ist die Schweiz mit der Beschaffung der neuen Prophylaxe und wie wird sichergestellt, dass diese in der Schweiz möglichst schnell verfügbar ist?

23.7240 Mäder. Nachhaltige Investition für eine sichere Schweiz dank Gesundheitsschutz?

COVID-19 zeigt, dass globale Gesundheitskatastrophen weitreichende Auswirkungen haben. Internationaler Gesundheitsschutz ist daher in unserem Eigeninteresse. Leider verfügt die Schweiz über keinen entsprechenden Finanzierungsmechanismus.

1. Plant der Bundesrat Initiativen zugunsten des internationalen Gesundheitsschutzes längerfristig zu finanzieren (z.B. CEPI)?
2. Wie beurteilt er die Möglichkeit eines Verpflichtungskredits?
3. Wie können diese Mittel möglichst zeitnah zur Verfügung gestellt werden?

23.7247 Roduit. Sollte die Kinderrente der AHV für Menschen im Rentenalter, die für Kinder aufkommen müssen, überprüft werden?

Nach dem geltenden Recht erhalten Schweizer Rentnerinnen und Rentner, die minderjährige Kinder oder Kinder in Ausbildung haben, bis zu deren 25. Geburtstag eine Kinderrente von der AHV. Im vergangenen Jahr sollen über 23 000 Personen, zum Teil im Ausland wohnhaft, eine solche zusätzliche Rente bezogen haben. Deren Kosten werden auf 230 Millionen Franken geschätzt.

Beabsichtigt der Bundesrat angesichts der Tatsache, dass diese Kosten im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung stetig steigen und dies zu Diskussionen führen kann, Massnahmen zu ergreifen?

23.7255 Wasserfallen Flavia. Grundversicherung: Harte Sanktionen ohne Vorwarnung

Drei Viertel der Versicherten wählen ein Hausarzt-, Telmed- oder HMO-Modell. Bei einem Verstoss gegen deren Regeln können viele Krankenkassen gemäss AVB die Kostenübernahme vollständig verweigern und Versicherte in das Standardmodell umteilen. Dies kann zu Zusatzkosten im vierstelligen Bereich führen.

Erachtet es der Bundesrat als verhältnismässig, dass solche Sanktionen ohne Vorwarnung und bereits bei einem einmaligen Verstoss erfolgen können?

23.7261 Gugger. PET-Flaschen mit Phthalate

In seinen Antworten auf die Interpellation Gesundheitsgefährdung durch Kunststoff und Plastik-Abfall (22.4574) hält der Bundesrat unter anderem fest, dass "an Privatpersonen Produkte und Gegenstände, die regulierte Phthalate enthalten, nicht mehr abgegeben werden" dürfen.

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass jede PET-Flasche heute noch Phthalate enthält?

23.7262 Gugger. Gesetzliche Grundlage für KI-Systeme im Gesundheitsbereich

- Welche gesetzlichen Grundlagen bestehen aktuell, um den Einsatz von KI-Systemen (künstliche Intelligenz) im Gesundheitsbereich zu prüfen?
- Wie werden insbesondere Aspekten von Risikomanagement, Transparenz, Genauigkeit, Robustheit, Erklärbarkeit, Sicherheit und Cybersicherheit Rechnung getragen?

23.7264 Haab. Kenntnisstand im Bereich "cloud seeding"

- In wiefern hat sich der Bundesrat bereits mit den Gefahren und Möglichkeiten von cloud seeding auseinandergesetzt?
- Welche Staaten/Akteure benutzen heute diese Technologie um das Wetter zu verändern?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**23.7168 Molina. Kosovo: Gefahr einer erneuten formalen Ethnisierung auf dem Balkan**

Am 27. Februar 2023 einigten sich der Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU auf Grundsätze für weitere Verhandlung zur Normalisierung ihrer Beziehungen. Artikel 7 der Vereinbarung zielt darauf ab, den mehrheitlich serbischen Gemeinden Kosovos formale Strukturen zu geben, die weit über die bereits garantierten Strukturen hinausgehen. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass eine Lösung, die auf eine BiH-artige Lösung im Sinne der Republika Srpska abzielt, Frieden und Stabilität bedroht?

23.7171 Estermann. Nord-Stream Gaspipeline

Ist der Bundesrat bereit die untersuchenden Staaten schnellstmöglich um die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zu bitten oder die angebliche Komplexität der anscheinend langwierigen Untersuchungen zu erläutern?

23.7178 Walder. Teilnahme von Belarus an der EM 2024

Am 25. März nächsten Jahres treffen die Teams der Schweiz und von Belarus in Serbien aufeinander, obwohl Belarus immer tiefer in die Diktatur abrutscht und ohne zu zögern Tausende von friedlichen Demonstrierenden ins Gefängnis sperrt. Es ist schwierig, gegen eine Fussballmannschaft zu spielen, die indirekt in diese Übergriffe verwickelt ist. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die UEFA auch Belarus von der Europameisterschaft 2024 ausschliessen sollte, so wie sie es mit Russland getan hat?

23.7179 Walder. Unterstützung von politischen Gefangenen in Belarus

Friedensnobelpreisträger Ales Bialiatski wurde vergangenen Freitag von einem Gericht in Minsk zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock hat dieses Urteil als eine "Farce" bezeichnet.

- Wie hat das EDA auf diese Verurteilung reagiert?
- Wurde der belarussische Botschafter vom EDA einbestellt?
- Welche konkreten Massnahmen ergreift die Schweiz, um sich für die Freilassung von Ales Bialiatski und aller weiterer politischen Gefangenen zu erwirken?

23.7183 Walder. Justizreform in Israel: Welche Folgen für unsere bilateralen Beziehungen?

Die von der israelischen Regierung beschlossene Justizreform sieht vor, dass das Parlament die Richterinnen und Richter des höchsten Gerichts ernennt und sich mit einem einfachen Mehr über die Entscheidungen des höchsten Gerichts hinwegsetzen kann. Damit würden Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit - die Grundpfeiler der Demokratie - abgeschafft werden.

- Hat der Bundesrat seine Bedenken gegenüber der israelischen Regierung geäußert?
- Wie wird sich die Schwächung der Rechtsstaatlichkeit in Israel auf unsere bilateralen Beziehungen auswirken?

23.7202 Geissbühler. Saudi-Arabiens Zeltstadt könnte 3 Millionen Flüchtlinge aufnehmen

Seit einigen Wochen ist Europa im Ausnahmezustand. Es wird ihnen Vorgeworfen nicht genügend zu unternehmen. Gleichzeitig stehen riesige Kapazitäten in der arabischen Welt frei. Die wohlhabendsten Nationen der arabischen Welt nahe Syrien nehmen keinen einzigen Flüchtling auf.

1. Was unternimmt der Bundesrat damit diese Staaten Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen?
2. Ist ihm bekannt, dass die komfortabel ausgestattete Zeltstadt in Mina nur während 5 Tagen im Jahr besetzt ist?

23.7207 Pult. Verbotsverfahren gegen die HDP vor den türkischen Wahlen. Was macht der Bundesrat?

Am 14. Mai finden in der Türkei Wahlen statt.

- Welche völkerrechtlichen Verpflichtungen ist die Türkei eingegangen, diese Wahlen demokratisch und rechtsstaatlich korrekt durchzuführen?
- Erinnert der Bundesrat multilateral und bilateral die Türkei an diese Verpflichtungen?
- Wie begegnet er dem juristischen Druck und insbesondere dem Verbotsverfahren, dem sich die HDP als aktuell drittstärkste Partei im türkischen Parlament kurz vor den Wahlen ausgesetzt sieht?

23.7208 Dandrès. Syrisch-Arabischer Roter Halbmond - Assads verlängerter Arm für Menschenrechtsverletzungen in Syrien

Am 16. März findet die Geberkonferenz für Syrien statt. Der Syrisch-Arabischer Rote Halbmond (SARC) könnte daran teilnehmen. Der SARC ist mit dem Assad-Regime verbunden und operiert unter dem Befehl der Nachrichtendienste der Diktatur. Damit ist er an den anhaltenden Repressionen gegen die Bevölkerung beteiligt. Die Teilnahme des SARC an der Geberkonferenz zuzulassen, kommt möglicherweise einer Anerkennung dieses verbrecherischen Regimes gleich.

Wird sich der Bundesrat der Teilnahme des SARC an dieser Konferenz widersetzen?

23.7226 Molina. "Shrinking space" für die Zivilgesellschaft in Israel

Die Regierung Israels beabsichtigt ein Gesetz zu verabschieden, das die Besteuerung von Beiträgen ausländischer Regierungen an gemeinnützigen Organisationen vorsieht. Dies wird auch Beiträge der Schweiz an humanitäre Akteure und Menschenrechtsarbeit betreffen.

Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um die Kontinuität dieser Beiträge zu gewährleisten?

23.7229 Walder. Tiefseebergbau: Wie steht der Bundesrat zur Lizenzerteilung und zur Verhängung eines Moratoriums?

Am 4. März haben die Vereinten Nationen zum ersten Mal ein Abkommen über die Hochsee verabschiedet. Parallel dazu hat die Internationale Meeresbehörde (ISA) Anträge auf Lizenzen für den Tiefseebergbau erhalten. Angesichts der Gefährdung der Biodiversität unterstützen immer mehr europäische Länder ein Moratorium oder ein Verbot des Tiefseebergbaus.

Gedenkt der Bundesrat, endlich Stellung zu beziehen, oder wartet er immer noch darauf, dass der ISA-Rat der Bundesversammlung Regeln vorlegt?

23.7230 Walder. Zwangsunterbringung von tibetischen Kindern in Internaten in China

- Wie steht der Bundesrat zur Zwangsunterbringung von Hunderttausenden tibetischer Schülerinnen und Schüler in chinesischen Internaten, in denen ausschliesslich in Mandarin unterrichtet wird?

Dies haben UNO-Expertinnen und -Experten dem Menschenrechtsrat berichtet.

- Wird der Bundesrat in der laufenden Sitzung des UN-Menschenrechtsrates oder in anderen internationalen Gremien angesichts dieser schwerwiegenden Verletzungen der Rechte tibetischer Kinder und Jugendlicher durch die Volksrepublik China in Tibet intervenieren?

23.7231 Addor. World Economic Forum: Sind die Privilegien gerechtfertigt?

Aufgrund des Abkommens von 2015 mit dem Bundesrat geniesst die rein private Stiftung World Economic Forum (WEF), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Grossen dieser Welt in unserem Land zu vereinen, verschiedene Privilegien. Diese sind insbesondere steuerlicher (Befreiung von der direkten Bundessteuer), wirtschaftlicher (freie Verfügung über Guthaben) und administrativer Art (Befreiung von den Zulassungsvoraussetzungen nach dem Ausländer- und Integrationsgesetz).

Ist es wirklich im Interesse der Schweiz, dem Vorreiter der Globalisierungslobby solche Privilegien zu gewähren?

23.7233 Fehlmann Rielle. Pogrom im Westjordanland: Minister B. Smotrich ruft zur «Ausradierung» des Dorfes Huwara auf

Am 26. Februar griffen etwa 400 jüdische Siedlerinnen und Siedler mehrere Dörfer, darunter Huwara, im besetzten Westjordanland an. 350 Palästinenserinnen und Palästinenser wurden verletzt. Es handelt sich um eine Reihe von Gewalttaten von Siedlerinnen und Siedlern, die von der Armee gedeckt, von Politikerinnen und Politikern gebilligt und nicht bestraft werden.

- Hat die Schweiz auf dieses Pogrom und den Aufruf zur Gewalt durch ein Mitglied der israelischen Regierung reagiert?

- Wie wird die Schweiz zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten beitragen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

23.7166 Romano. Umsetzung der Motion 20.3736 «Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden»

Die Motion 20.3736 wurde 2022 von beiden Räten angenommen. Auch der Tessiner Staatsrat bestätigte, seit Jahren ausdrücklich zu fordern, das Mendrisiotto in das IC-Streckennetz einzubinden. Die Bundesbehörden haben stets Begründungen dagegen angeführt. Nun wurde bekanntgegeben, dass es erst mit dem Ausbauschritt 2035 weiter vorwärtsgen wird.

- Werden die Entscheidungen des Parlaments damit respektiert?
- Die Züge stehen über 45 Minuten zwischen Lugano und Melide: Kann oder will man nicht ins Mendrisiotto weiterfahren?

23.7167 Imboden. Gibt es Wassersparpläne bei Wassermangellage?

"Das Schneedefizit von heute ist die Trockenheit im nächsten Sommer und Herbst", so die Leiterin Hydrologie beim WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung SLF in Davos. Da die Schneefallgrenze steigt, sinkt die Menge an Wasserreserven, die im Schnee gespeichert seien.

- Hat der Bundesrat einen Notfallplan bei Wassermangellage und wie sind die Zuständigkeiten?
- Wie läuft die Zusammenarbeit mit den für das Wassermanagement zuständigen Kantonen?
- Gibt es kantonale oder nationale Wassersparpläne?

23.7173 Umbricht Pieren. Mitfahrgemeinschaften in der Signalisationsverordnung

Durch das neue Symbol für Mitfahrgemeinschaften wird der Willkür im Strassenverkehr Tür und Tor geöffnet. Zudem sind solche staatliche Umerziehungsmassnahmen, die den Innenraum von Privatfahrzeugen betreffen, ein massiver Eingriff in die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Eine rechtliche Grundlage für diese Signalisation ist nicht ersichtlich.

Wie rechtfertigt der Bundesrat diesen massiven Eingriff in die öffentliche Ordnung und in die persönliche Freiheit?

23.7187 Imboden. Wie hoch sind die volkswirtschaftlichen Schäden der Klimaerwärmung?

Gemäss einer neuen Studie im Auftrag des Deutschen Bundeswirtschaftsministeriums verursacht der Klimawandel bis 2050 in Deutschland wirtschaftliche Folgekosten je nach Ausmass der Erderwärmung von 280 bis 900 Milliarden Euro; berücksichtigt werden dabei Belastungen durch eingeschränkte Produktionsmöglichkeiten oder unterbrochene Lieferketten.

- Wie hoch sind die wirtschaftlichen Schäden für die Schweiz?
- Gibt es entsprechende Studien für die Schweiz oder sind solche in Planung

23.7196 Töngi. Werden die Beiträge an die Aggloprogramme erhöht?

Gemäss Botschaft zum Aggloprogramm konnten nicht alle eingegangenen Projekte berücksichtigt werden. Der Bedarf übersteigt die Mittel des Bundes um den Faktor 1.4. Der Nationalrat lehnte im Herbst 21 nur knapp eine Erhöhung der Mittel ab, die Bundesrätin hatte in der Debatte argumentiert, falls die Mittel nicht ausreichen, müsse eine Erhöhung unterstützt werden.

Ist der Bundesrat jetzt bereit, die prozentuale Zweckbindung im NAF für die Aggloprogramme zu erhöhen?

23.7201 Geissbühler. Ascheverstreutourismus in der Schweiz

In Deutschland wird für preiswerte, exklusive Naturbestattungen (Ascheverstreung, Fels-, Wiesen-, Bach-, Seebestattung usw.) in der Schweiz geworben.

1. Wie stellt sich der Bundesrat in Zeiten von Klima- und Umweltschutz zu diesem internationalen Bestattungstourismus?
2. Ist er der Meinung, dass gewerbsmässige Aschenverstreung auch in der Schweiz verboten werden sollte?
3. Wie stellt er sich zu den rasch zunehmenden "wilden" Ascheverstreungen Verstorbener irgendwo in der Natur?

23.7204 Schilliger. CH-Kleber im Fahrzeug Nummernschild

Bei der Beantwortung der Interpellation 19.3083 versprach der Bundesrat, dass eine Neugestaltung der Kontrollschilder in Planung sei.

Zudem versprach er, dass nebst einer Optimierung auch der Ersatz des CH-Klebers durch die Integration des Landeszeichens ins Kontrollschild erfolgen könnte.

- Wo steht das Projekt?
- Ist die Integration des Landeszeichens immer noch Projektziel?
- Auf welches Jahr kann mit einer Umsetzung gerechnet werden?

23.7211 Pasquier-Eichenberger. Nicht-Internalisierung der externen Kosten des Luftverkehrs: Hat diese Subvention auch negative Auswirkungen auf die Biodiversität?

In Antwort auf meine Interpellation 22.4426 schreibt der Bundesrat: "Die gesamten externen Kosten des Luftverkehrs in der Schweiz betragen gemäss Bericht des ARE aus dem Jahr 2019 ca. 1,5 Mrd. CHF. Davon sind 1,157 Mrd. CHF Klima- und 117 Mio. CHF Lärmkosten."

- Wie hoch sind die externen Kosten im Bereich der Biodiversität?
 - Handelt es sich dabei um eine indirekte Subvention?
- Wenn nein, wieso nicht?

Wenn ja, was unternimmt der Bundesrat?

23.7213 Baumann. Kugelfangsanierungen: Prüf- und Sanierungswerte für Blei im Waldboden

Kugelfänge liegen oft am Waldrand und werden nach der Stilllegung bestockt oder verwalden.

Bei der Sanierung ist der altlastenrechtliche Vollzug schwierig, da die VBBo für Blei nur Prüf- und Sanierungswerte bei Nutzungen mit einer möglichen direkten Bodenaufnahme definiert (Landwirtschaft, Familiengärten etc.).

- Sind dem Bundesrat diese Vollzugsprobleme der Kantone bekannt?
- Wenn ja, gibt es Bestrebungen, auch Prüf- und Sanierungswerte für Blei im Waldboden zu definieren?
- Wenn nein, warum nicht?

23.7214 Friedl Claudia. Setzt sich der Bundesrat für die Ratifizierung des neuen Abkommens zum Schutz der Meere ein?

Die UNO-Mitgliedstaaten einigten sich am 5. März 2023 auf ein Abkommen zum Schutz der "Hohen See", was einer Fläche von zwei Dritteln der Ozeane entspricht. Damit dieses Abkommen in Kraft tritt, müssen es mindestens 60 Staaten ratifizieren.

- Wird der Bundesrat das Abkommen ratifizieren?

Wenn ja, bis wann?

Die Schweiz ist Mitglied der "High ambition coalition on Biodiversity Beyond National Jurisdiction"

- wird der Bundesrat sich international für die Ratifizierung des Abkommens einsetzen?

23.7218 Dandrès. Arbeitsbedingungen bei Partnern der Post

Die Post geht Partnerschaften mit Unternehmen wie der Migros ein, um Postfilialen zu ersetzen.

- Welcher Rechtsnatur sind diese Partnerschaften (Vermietung von Räumlichkeiten, Arbeitsvertrag usw.)?

- Welchen Arbeitsbedingungen (GAV) unterliegen die Beschäftigten, die die Arbeit machen, die zuvor von Postangestellten, die einem GAV unterstellt sind, ausgeführt wurde?

- Welchen Stellenwert haben Kollektivverhandlungen und sozialer Dialog in diesen Partnerschaften?

23.7220 Büchel Roland. Arealüberdeckung Bahnhof St. Fiden, St. Gallen: städtebaulichen Spielraum nutzen, um u.a. die Hochschule und das Kantonsspital entwickeln zu können

St. Gallen braucht mehr städtebaulichen Spielraum. Beim Bahnhof St. Fiden bietet sich die Gelegenheit, mit einer Überdeckung der Autobahn und der SBB-Geleise 70 000 m² an zentraler Lage zu nutzen. Die SBB haben am 24. Februar 2022 einer Überdeckung des Bahnhofs zugestimmt, das Projekt im September jedoch abgelehnt, obwohl die Machbarkeit nachgewiesen war.

Ist der Bundesrat bereit, das Anliegen mit den SBB aufzunehmen, um den Weg für eine sinnvolle Lösung für St. Gallen zu ebnen?

23.7221 Büchel Roland. Gemäss Recherchen vom "K-Tipp" planen die SBB, in 57 Bahnhöfen umfangreich und verdeckt Daten über Passanten zu sammeln. Auch in den Kantonen SG, TG, AR und AI?

Die SBB wollen eine bessere kommerzielle "Abschöpfung" der Kunden erreichen; dies mit dem Einsatz modernster Kamerasysteme (Frage Büchel 23.7078). Die Kameras sollen für die Reisenden unsichtbar angebracht werden. Geplant ist die Aktion bis ins Jahr 2028, mit Option auf Verlängerung bis 2033. Alter, Geschlecht, Grösse und mitgeführtes Gepäck sollen erfasst werden. Den Anfang soll der Bahnhof Schaffhausen machen.

Welche Bahnhöfe in den Kantonen SG, TG, AR und AI sind davon, ab wann betroffen?

23.7227 Moser. Ewige Chemikalien: Wann handelt der Bundesrat?

Deutschland, Dänemark, Norwegen, die Niederlande und Schweden fordern ein Verbot von rund 10.000 sogenannten Ewigen Chemikalien, den PFAS. Sie haben ihren gemeinsamen Vorschlag Anfang Januar 2023 bei der Europäischen Chemikalienagentur eingereicht. Die Belastungslage der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Umwelt mit diesen Chemikalien ist mit denen in diesen Ländern vergleichbar.

- Wie steht der Bundesrat zu einem Verbot?

- Wann ist mit einer Positionierung der Schweiz zu rechnen?

23.7256 Fivaz Fabien. Verbot von PFAS: Welcher Zeitplan?

Im Rahmen der Motion Maret 22.3929 hat der Bundesrat sich einverstanden erklärt, einen verbindlichen Rahmen für den PFAS-Gehalt in Gewässern, Böden und Lebensmitteln festzulegen. Diese Haltung ist zu begrüßen. Die logische Folge muss jedoch das Verbot dieser extrem persistenten und toxischen Stoffe sein - die EU denkt bereits darüber nach.

- Wie sieht der Zeitplan für das Verbot in der Schweiz aus?
- Was sind die Hürden für dieses Verbot?

23.7228 Jauslin. Fragen zur Interpellation 22.4080 "Der Bundesrat verbietet Verbotenes"

Laut Antwort auf meine Interpellation 22.4080 wären kommerzielle Flüge mit historischen Luftfahrzeugen ohne entsprechendes Verbot aufgrund nationaler Vorschriften weiterhin möglich gewesen.

- Welche Bestimmungen regeln die Erteilung eines nationalen "Flugbetreiberzeugnisses" und einer nationalen Betriebsbewilligung?

Die VBR I verweist ausschliesslich auf EU-Vorschriften.

- Welche Anforderungen gelten für nationale Bewilligungen?
- Warum hat der Bundesrat diese Grundlagen nicht aufgehoben?

23.7234 Fehlmann Rielle. Sexistische Haltung der Postfinance

Wenn bei der Postfinance ein Konto eines heterosexuellen Paares auf die Namen der Ehepartnerin und des Ehepartners läuft, wird, wenn es etwas zu unternehmen gilt, nur der Ehemann kontaktiert. Schlimmer noch, die Postfinance weigert sich, die Informationen an beide Personen zu senden und droht mit der Sperrung des Kontos für den Fall, dass Dokumente nicht zurückgesandt werden.

Wie reagiert der Bundesrat auf diese sexistische Haltung, wenn doch die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung verankert ist und sich das Eherecht nicht mehr auf den Begriff des "Familienoberhaupts" stützt?

23.7236 Andrey. Echtzeitdaten zum schweizweiten Wasserverbrauch

Wassermanagement wird bedingt durch den Klimawandel immer anspruchsvoller. Die Verwaltung verfügt über detaillierte Echtzeitdaten zu den Pegelständen und Abflussraten der Gewässer.

- Plant der Bundesrat, offene Daten über den landesweiten Wasserverbrauch zu erheben, um Steuerungsmassnahmen bei Wassermangellage besser umsetzen zu können?
- Hat er die nötigen Kompetenzen und gesetzliche Grundlagen dazu?

23.7246 Trede. Bleiben gesundheitsgefährdende Produkte für die berufliche Anwendung von Pestiziden weiterhin erlaubt?

Auf meine Interpellation 22.4592 gab der Bundesrat an, Produkte für die Privatanwendung zu verbieten, die gemäss der "Verordnung (EG) Nr. 1272/2008" folgende Gesundheitsgefahren bergen: Karzinogenität, Keimzellmutagenität, Reproduktionstoxizität, Sensibilisierung der Atemwege oder der Haut, schwere Augenschädigung, Ätzwirkung auf die Haut, akute Toxizität oder spezifische Zielorgantoxizität.

- Bleiben diese Stoffe für berufliche Anwenderinnen trotz der genannten Gefahren erlaubt?
- Wenn ja, warum?

23.7248 Arslan. Ist die Schweiz in allen Bereichen auf ein Erdbeben vorbereitet?

Gemäss aktuellen Berichten zufolge wären die mutmasslichen Auswirkungen eines Erdbebens auch in der Schweiz enorm.

Die führt zu folgenden Fragen:

1. Sind die Gebäude in der Schweiz gegen Erdbeben versichert?
2. Gibt es in der Schweiz eine einheitliche Schadenorganisation, die im Falle eines Erdbebens rasch und koordiniert eingreifen kann?
3. Steht bereits heute fest, wo Obdachlose in einem Erdbebenfall untergebracht werden können?
4. Sind Spitäler auf die Folgen von Erdbeben vorbereitet?

23.7260 Regazzi. Öffentliche Aufträge für ausländische Unternehmen mit fragwürdigem Ruf: Es reicht!

Gegen das italienische Bauunternehmen Gruppo Rossi, das auch in der Schweiz vertreten ist und gegen welches wegen Verstössen gegen das Arbeitsgesetz ermittelt wird, laufen im Ausland wegen mutmasslicher mafiöser Unterwanderung Untersuchungen. Eine sehr schlechte Visitenkarte, wenn man bedenkt, dass das Unternehmen vertragliche Beziehungen mit der SBB unterhält. Es ist nicht das erste Mal, dass grosse öffentliche Aufträge in der Schweiz an ausländische Unternehmen mit fragwürdigem Ruf vergeben werden.

- Wie beurteilt der Bundesrat dies?

- Und vor allem: Was gedenkt er zu tun, um dies in Zukunft zu verhindern?

23.7263 Gugger. Höhenbeschränkungen für Solaranlagen lockern

In der Schweiz gibt es ein beträchtliches Potenzial für Solaranlagen. Offene Dächer auf Gebäuden stellen freie Flächen dar, die für die Installation von Solarmodulen genutzt werden können, jedoch stellen strenge Höhenbeschränkungen das grösste Problem in Bezug auf Genehmigungsfragen dar.

Wer ist für diese Bestimmungen zuständig und ist der Bundesrat bereit, sich für eine Lockerung einzusetzen?

23.7266 Gmür Alois. Wasserkraft als Speicher für erneuerbare Energie

Die Schweiz muss alles unternehmen um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten. Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen. So wäre bei der Nutzung der Wasserkraft des Sihlsees ein grosses Potential vorhanden, indem ein zweiter Stollen gebaut würde, um z.B. mit Sonnenenergie Wasser vom Zürichsee in den Sihlsee hochzupumpen und den Wasserspeicher Sihlsee besser auszunützen.

Ist der Bundesrat bereit bei der SBB als Eigentümer Einfluss zu nehmen, dass dies geprüft und umgesetzt wird?

Justiz- und Polizeidepartement**23.7181 Bühler. Belegung der Bundesasylzentren (BAZ)**

Kürzlich hat das BAZ Boudry über eine fast doppelt so hohe Belegung wie erlaubt (480 Schlafplätze) berichtet.

- Wie hoch war am 1. Januar 2023 die zulässige und die tatsächliche Belegung der folgenden BAZ: Altstätten, Basel, Bern, Boudry, Chiasso und Zürich?

- Wie hoch waren diese Belegungsquoten am 28. Februar 2023?

- Was sind die rechtlichen Folgen eines Vorfalls in einem BAZ, in dem die erlaubte Maximalkapazität überschritten wird?

23.7184 Dettling. 25-jährige Minderjährige bei den UMAs?

Im Jahr 2022 haben über 50 Prozent mehr unbegleitete Minderjährige (UMA) Asylgesuche gestellt als im Jahr 2021. Die meisten aus Afghanistan.

- Bei wie vielen hat das SEM 2022 eine Überprüfung des Alters angeordnet?
- Bei wie vielen davon war die Altersangabe falsch?
- Wie viele kommen ohne Identitätsnachweis (Pass) in die Schweiz?
- Warum ordnet der Bund nicht bei allen UMA ohne gültige Identität eine Überprüfung des Alters an durch eine wissenschaftliche Methode?

23.7185 Dettling. Neuer Asyltrend: unbegleitete Minderjährige (UMA)

Im Asylwesen herrscht ein neuer Trend. Unbegleitet und angeblich minderjährig.

- Wie war das Alter der UMA im Jahr 2022:
16-18-jährig?
14-16-jährig?
jünger als 14-jährig?
- Wie viele dieser UMA waren weiblich und wie viele männlich?
- Wie viele UMA haben im Jahr 2022 Asyl gestellt?
Wie viele davon haben Asyl erhalten?
Wie viele wurden zurück in ihre Heimat gebracht?
- Wie viele UMA sind aktuell in der Schweiz? (Mit Asyl und ohne)

23.7189 Marchesi. Personen mit Ausweis S: Wie viele haben zulasten der Schweizerinnen und Schweizer eine Arbeit gefunden?

Bezüglich der Personen mit Ausweis S stelle ich folgende Fragen:

1. Wie viele von ihnen haben eine Arbeitsstelle gefunden?
2. Was für Verträge regeln ihr Arbeitsverhältnis zu den Unternehmen?
3. In welchen Sektoren sind sie tätig?
4. Haben diese Personen Stellen besetzt, die sonst von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern eingenommen worden wären?

Es wird darum gebeten, die Daten für die Schweiz insgesamt und nach Sprachregion darzustellen.

23.7190 Heimgartner. Ein Taser für jede Polizei-Patrouille

Bis anhin haben nur gewisse Kantone Taser im Einsatz. Taser sind wichtige Einsatzmittel und Destabilisierungsgeräte, wenn sich Polizeikräfte in einer Bedrohungslage befinden, um nicht zur Schusswaffe greifen zu müssen.

- Welche Kantone haben ihre Patrouillen mit Tasern ausgerüstet?
- Wie oft werden Taser eingesetzt und wie sind die Erfahrungen damit?
- Gab es Todesfälle oder schwerstverletzte Personen im Zusammenhang mit Tasern?
- Wieso werden Taser nicht einheitlich in der ganzen Schweiz eingesetzt?

23.7206 Heimgartner. Taser sind harmloser als herkömmliche Munition, was spricht gegen eine flächendeckende Zusatzausrüstung der Polizei mit Tasern?

Seit 2006 wird die Polizei in der Schweiz mit sogenannter "Mannstop-Munition" ausgerüstet, welche im Körper des Opfers steckenbleiben soll. Taser hingegen verpassen einem Opfer einen Elektroschock, welche das Opfer bewegungsunfähig machen soll, ohne bleibende Schäden zu hinterlassen. Taser führen somit zu weniger bleibenden Schäden bei Opfern als herkömmliche Polizeimunition.

Was spricht bei der Polizei gegen eine flächendeckende Einführung von Tasern als Zusatzbewaffnung?

23.7194 Steinemann. Erfasst der Bund wirklich die Geburtsdaten der Asylantragsteller nicht mehr?

Mit der Anfrage 16.3687 hat der Bundesrat die Zahlen zu den Asylsuchenden, die mit Geburtsdatum 1. Januar erfasst werden, erläutert.

Mit 23.7044 wurde nach einem update gefragt, die Antwort bleibt inhaltsleer.

- Hat der Bund keine Angaben über elementare Daten wie das Geburtsdatum der Asylsuchenden?
- Wenn nein, warum nicht bzw. warum nicht mehr?
- Wenn doch, wie lauten die Zahlen 2022 und 2021 zu den gewöhnlichen Asylsuchenden?
- Wie zu den UMAs?

23.7217 Bulliard. Iranische Frauen in der Schweiz

Es ist unverständlich, dass das iranische Familienrecht in der Schweiz angewendet werden kann.

Wie werden die Iranischen Frauen in der Schweiz geschützt?

23.7249 Arslan. Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (1/3)

In Antwort auf die Frage 23.7139 bestätigt der Bundesrat seine Absicht, von den Erdbeben in der Türkei und in Syrien betroffenen Personen mit vereinfachten und beschleunigten Visaverfahren zu helfen.

Bis am 6. März wurden aber nur 19 Visa ausgestellt.

- Wie viele Anfragen zu den Visabedingungen und wie viele offizielle Gesuche hat das SEM insgesamt erhalten?
- Ist der Bundesrat der Meinung, dass er seine Absicht einer humanitären Aktion damit erfüllt hat?

23.7250 Arslan. Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (2/3)

In Folge der Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat der Bundesrat beschleunigte Visaverfahren zugesichert. Die Kriterien sind für die am stärksten Betroffenen kaum zu erfüllen.

Dies gilt für die beizubringenden Identitätspapiere, die Wiederausreise und die Verpflichtungserklärung über 30 000 Franken.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese Kriterien den Bedürfnissen in einer Notsituation gerecht werden?
- Wie lassen sich die Kriterien zukünftig bedürfnisgerechter ausgestalten?

23.7251 Arslan. Visumserteilung für Opfer der Erdbeben in der Türkei und in Syrien (3/3)

In Folge der Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat der Bundesrat beschleunigte Visaverfahren zugesichert. Die Kriterien sind für die am stärksten Betroffenen kaum zu erfüllen.

Für viele Personen ist entgegen der offiziellen Darstellung nahezu unmöglich, Reisepässe zu erhalten.

Ist der Bundesrat bereit, diesen Personen einen Laissez-Passer auszustellen, wie dies 2013 im Rahmen der Visaerleichterung für syrische Staatsangehörige gehandhabt wurde?

23.7254 Strupler. Italien stoppt Flüchtlingsrückübernahme

Italien verweigert sich, Flüchtlinge zurückzunehmen, für deren Asylgesuch das Land laut Dublin-Abkommen eigentlich zuständig wäre. Dies betrifft auch die Schweiz und somit die Rückführung von Asylmigranten.

- Was macht der Bundesrat hier den rechtmässigen Zustand mit Italien wiederherzustellen?
- Ist Schengen-Dublin für den Bundesrat gescheitert?

23.7257 Gysin Greta. Familienrechtliche Verfahren: Verfahrensdauer und Verzögerungen der Gerichtsverfahren

Der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit, die Gerichtsverfahren in familienrechtlichen Belangen zu analysieren, da die Erhebung von Daten bezüglich der Dauer der Gerichtsverfahren allgemein gestützt auf den neuen Artikel 401a der Zivilprozessordnung erfolgen soll. Das kann man seiner Antwort auf das Postulat 22.4540 entnehmen. Kann der Bundesrat genauere Angaben darüber machen, welche Daten innerhalb welcher Zeit ab Inkrafttreten der Gesetzesänderungen und mit welcher Regelmässigkeit gesammelt werden?

Büro**23.7265 Roduit. Ist die «inklusive Sprache» in der Bundesversammlung erlaubt?**

In der Antwort auf die Frage 23.7122 betreffend geschlechtergerechte Sprache beim Bund, wird darauf aufmerksam gemacht, dass Artikel 5 Absatz 2 des Sprachengesetzes (SpG) vorsieht, dass die Bundesbehörden die Amtssprachen in ihrer Standardform verwenden.

- Wie steht es mit parlamentarischen Vorstössen in "inklusive Sprache", wie zum Beispiel Fragen für die Fragestunde?
- Ist eine Kontrolle vorgesehen?